

Nicaragua

NICHT EINMAL, WENN IHR LEBEN AUF DEM SPIEL STEHT

Wie das Totalverbot von Schwangerschaftsabbrüchen in Nicaragua
Ärzte kriminalisiert und Frauen und Mädchen in Gefahr bringt

Mutter werden. Ohne zu sterben.

AMNESTY
INTERNATIONAL



„Früher wurde keine Frau zu einem bestimmten Ablauf ihrer Behandlung gezwungen ... Sie hatte immer das Recht zu sagen ‚Mir ist das Risiko klar, ich verstehe, dass ich sterben könnte, aber ich entscheide mich dafür, die Schwangerschaft fortzuführen‘. ... Auf der anderen Seite, wenn eine Frau mir sagte ‚Es macht mich traurig, diese Schwangerschaft zu verlieren, aber ich möchte doch die Krebstherapie haben‘, dann war ich in der Lage, ihr Recht auf Leben zu respektieren.“

Ein Arzt in Nicaragua beim Interview mit Amnesty International, November 2008

Seit Juli 2008 sind in Nicaragua Schwangerschaftsabbrüche unter allen Umständen gesetzwidrig. Vor 2006 erlaubte es das Gesetz, im Falle von Gefahr für Leben und Gesundheit der Mutter oder bei Schwangerschaft als Folge einer Vergewaltigung Ausnahmen vom Abtreibungsverbot zu machen.

DAS 2008

REVIDIERTE STRAFGESETZBUCH

Die revidierte Fassung des nicaraguanischen Strafgesetzbuches hat alle Ausnahmen vom Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen gestrichen. Die Artikel 143 und 145 sehen Gefängnisstrafen vor sowohl für Ärztinnen und Ärzte, die Abtreibungen vornehmen wie auch für Frauen und Mädchen, die darum nachsuchen und sie erhalten. Diese Sanktionen gelten sogar für Fälle, in denen eine Fortführung der Schwangerschaft das Leben oder die Gesundheit der Frau in Gefahr bringt. Das Gesetzbuch enthält auch zwei Zusatz-Bestimmungen, die sich gegen das Personal im Gesundheitsbereich wenden. Gemäß Artikeln 148 und 149 riskieren Ärzte und Ärztinnen eine Strafverfolgung in allen Fällen, in denen dem Fötus im Rahmen medizinischer Behandlungen irgendein Schaden zugefügt wird, auch wenn diese darauf abzielten, Leben und Gesundheit der Frau oder des Fötus zu retten.

Das revidierte Gesetzbuch jedoch hat all diese Ausnahmen zugunsten des Totalverbots gestrichen. Schwangerschaftsabbrüche sind jetzt kriminalisiert, egal aus welchen Gründen sie benötigt, gewährt oder durchgeführt werden.

Das neue Gesetz sieht Gefängnisstrafen für medizinisches Personal bereits dann vor, wenn es bei der Behandlung schwangerer Frauen und Mädchen dem Fötus unbeabsichtigt irgendwelchen Schaden zufügt. Es stellt Ärztinnen, Ärzte und anderes Personal im Gesundheitsbereich vor einen unmöglich zu lösenden Konflikt, wenn sich die Forderungen der Gesetze und die ethische Verpflichtung, Leben zu retten und die Würde der Patientin zu schützen diametral entgegenstehen. Das Personal in den Kliniken von Nicaragua sieht sich nicht mehr in der Lage, den Patientinnen jene Unterstützung und Fürsorge angedeihen zu lassen, die es auf Basis seines medizinischen Wissens, seiner ethischen Verantwortung und des Patientinnenwunsches für nötig erachtet – die Bedrohung, kriminalisiert zu werden, steht dem im Wege.

Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ohne Ausnahme führt in erhöhtem Maße zu Leiderfahrungen auf Seiten schwangerer Frauen und Mädchen, die medizinische Hilfe suchen. Schmerzen, Angst und



Stigmatisierung, in manchen Fällen sogar Tod oder Selbstmordversuche sind die Folge.

Einige Gruppen von Frauen trifft es besonders hart: Schwangere Frauen und Mädchen, die wegen lebensbedrohender Krankheiten oder nach Fehlgeburten Behandlung benötigen, Frauen und Mädchen, denen schwangerschaftsbedingte Komplikationen drohen, sowie Überlebende von Vergewaltigungen oder Inzesthandlungen. Das Gesetz verweigert ihnen medizinische Behandlung gerade in Situationen, in denen sie von Traumatisierung bedroht sind und dieser Hilfe in besonderer Weise bedürfen. Kriminalisierung verhindert andererseits keine Schwangerschaftsabbrüche, sondern treibt deren Durchführung in die „Hinterhöfe“ – mit hohen Risiken für Gesundheit und Leben der Frauen, denen zudem noch Gefängnisstrafen drohen.

Das revidierte Strafgesetzbuch setzt Frauen und Mädchen, deren Schwangerschaften Komplikationen aufweisen, in ganz Nicaragua dem Risiko gefährlicher oder gar tödlicher Konsequenzen aus. Zudem zwingt es die Opfer von Vergewaltigung und Inzest dazu, eine resultierende Schwangerschaft auf sich zu nehmen – zusätzlich zum bestehenden Trauma aufgrund erlittener sexueller Gewalt. Dieser Zwang missachtet die Risiken, die eine solche



Eine Gesundheitsberaterin betreut eine Patientin in einem öffentlichen Krankenhaus der Stadt Ocotal, im November 2007.

Generelle Position von Amnesty International zu Schwangerschaftsabbrüchen:

Nach Ansicht von Amnesty International können fundamentale Menschenrechte der Frauen auf dem Spiel stehen, wenn man ihnen den Zugang zu sicherem und legalem Schwangerschaftsabbruch verwehrt. Amnesty International fordert deshalb die Staaten auf, folgendes zu unternehmen, um schwere Verletzungen der Rechte der Frauen zu verhindern und zu beenden – gemäß den Verpflichtungen der Staaten, in Übereinstimmung mit internationalen Standards der Menschenrechte:

- (a) Aufheben aller Gesetze,
 - die Frauen mit Gefängnisstrafen oder anderen strafrechtlichen Sanktionen belegen, wenn sie um einen Schwangerschaftsabbruch nachsuchen oder solchen vornehmen lassen,
 - die Gefängnisstrafen oder andere strafrechtliche Sanktionen vorsehen für Personen, die Informationen über Schwangerschaftsabbrüche bereitstellen oder
- (b) Anbieten von medizinischen Dienstleistungen bei Komplikationen, die sich aus Schwangerschaftsabbrüchen ergeben für alle Frauen, unabhängig davon, ob der Abbruch legal war oder nicht.
- (c) Ergreifen aller erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Frauen, die es wünschen, Zugang erhalten zu sicheren, legalen und qualifizierten Diensten zur Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs, wenn
 - die Schwangerschaft die Folge einer Vergewaltigung, eines sexuellen Übergriffs oder von Inzest ist,
 - die Fortführung der Schwangerschaft ein Risiko für das Leben oder ein schweres Risiko für die Gesundheit der Frau bedeutet.

Zu allen anderen Aspekten des Schwangerschaftsabbruchs bezieht Amnesty International keine Stellung.

Schwangerschaft für die körperliche und seelische Gesundheit der vergewaltigten Frauen bedeutet, die oft selbst noch Kinder sind.

Nicaragua hat unter internationalem Gesetz eine Verpflichtung, die Menschenrechte von Frauen und Mädchen zu schützen. Nach Ansicht von Amnesty International verletzt die neue Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch in Nicaragua eine ganze Reihe von Menschenrechten, nämlich das Recht auf Leben, das Recht auf Gesundheit und das Recht, frei zu leben von Folter und anderer Misshandlung.

DIE POLITIK HINTER DEM VERBOT

In den Monaten vor der Präsidentschaftswahl in Nicaragua im November 2006 wurde der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu einem heißen Wahlkampfthema. Der sich abzeichnende knappe Wahlausgang bedeutete, dass die Kandidaten Rücksicht zu nehmen hatten – die beiden wichtigsten Parteien beschlossen, dem Ruf der katholischen Kirche und einiger anderer Christlicher Gruppierungen zu folgen, Schwangerschaftsabbrüche unter Verbot zu stellen. Der Nationalversammlung wurde ein entsprechender Gesetzentwurf im

Oktober 2006 vorgelegt.

Daraufhin gaben 21 nicaraguanische Mediziner-Vereinigungen (aus den Bereichen Gynäkologie, Geburtshilfe- und Krankenpflegepersonal, Psychiatrie und öffentlichem Gesundheitswesen) ein gemeinsames Papier heraus mit einer Stellungnahme gegen das Verbot der bis dahin erlaubten „therapeutischen Schwangerschaftsabbrüche“ (bei ernsthafter Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit der Frau, bei Schwangerschaft als Folge von Vergewaltigung oder Inzest). Sie warnten davor, dass bei Annahme der Gesetzesvorlage die im Gesundheitsbereich arbeitenden Personen daran gehindert würden, ihren Beruf wie erforderlich auszuüben, und sie verlangten, Ausnahmen zuzulassen, wenn es darum gehe, Leben zu retten.

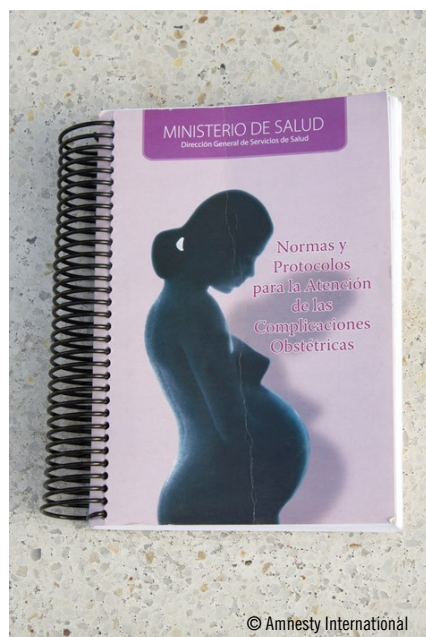
Angesehene internationale Organisationen erhoben ebenfalls besorgte Stimmen. Es gab einen gemeinsamen Brief des UN Entwicklungsprogramms, der Weltgesundheitsorganisation, der UN Kinderstiftung (UNICEF) und der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (PAHO).

Zwischen 1999 und 2005 haben in Nicaragua im Durchschnitt pro Jahr 347 Frauen und Mädchen „ektopische Schwangerschaften“ (d. h. eine befruchtete Eizelle hat sich außerhalb der Gebärmutter eingenistet) beendet. Solche Schwangerschaften werden als medizinische Notfälle betrachtet, weil sie permanenten Schaden verursachen und bei Fortsetzung der Schwangerschaft zum Tode der Frau führen können. Unter dem neuen Gesetz in Nicaragua ist der Abbruch auch solcher Schwangerschaften illegal.

„Der Zugang zu therapeutischen Indikationen für Schwangerschaftsabbrüche ist ein universell akzeptiertes Prinzip, jenseits der Grenzen kultureller Unterschiede, religiöser Überzeugungen und politischer Ideologien. In den meisten Ländern haben die gesetzgebenden Institutionen den Rahmen der Menschenrechte berücksichtigt. Aber im Kern sind therapeutische Schwangerschaftsabbrüche eine Sache des Common Sense und der Menschlichkeit.“

(Öffentliches Statement der PAHO, Oktober 2006)

Jedoch votierten die Mitglieder der Nationalversammlung von Nicaragua am 26. Oktober 2006 dafür, das Recht der Frauen auf therapeutischen Schwangerschaftsabbruch aus dem Gesetzbuch zu streichen – trotz des Chores gegnerischer Stimmen aus dem Medizinbereich, sowie internationalen Gesundheits- und Menschenrechtsorganisationen. Das neue Gesetz wurde in das Gesetzbuch von Nicaragua integriert und trat im Juli 2008 in Kraft.



ÄRZTINNEN UND ÄRZTEN SIND DIE HÄNDE GEBUNDEN

Vor Inkrafttreten des kompletten Verbotes von Schwangerschaftsabbrüchen beachtete das Personal im Gesundheitsbereich die Richtlinien und Ratschläge, die das nicaraguanische Gesundheitsministeriums herausgegeben hatte zur bestmöglichen Behandlung von Frauen und Mädchen mit schwangerschaftsbedingten Komplikationen. Diese „Geburtshilfe-Richtlinien“ empfahlen angemessene Maßnahmen für spezielle medizinische Situationen und beinhalteten auch die Empfehlung, eine therapeutische Abtreibung durchzuführen, wenn bei Fortsetzung der Schwangerschaft das Leben der Patientin auf dem Spiel stand.

Jedoch hebt das neue Strafgesetzbuch im nicaraguanischen Recht diese „Geburtshilfe-Richtlinien“* praktisch auf. Infolgedessen sehen sich Ärztinnen und Ärzte nun mit einer starren Entscheidung konfrontiert. Ein Oberarzt in der Gynäkologie äußerte: „Das Gesundheitsministerium fordert Ärztinnen und Ärzte im Endeffekt dazu auf, Verbrechen zu begehen und kriminalisiert zu werden. Es verlangt, dass wir uns an die „Geburtshilfe-Richtlinien“ halten, von denen wir aber wissen, dass sie nicht den gleichen legalen Status haben wie das Gesetz. Wenn ich mich nicht an die „Richtlinien“ halte, riskiere ich ein Disziplinarverfahren durch MINSA (Gesundheitsministerium), wenn ich das Gesetz nicht befolge, riskiere ich eine Strafverfolgung durch den Staat.“

Das neue Gesetz bedeutet somit, dass lebensrettende medizinische Eingriffe, die Frauen und Mädchen in Situationen mit hohem Risiko von Ärztinnen und Ärzten angeraten

*** „Obstetric Protocols“ hrg. vom nicaraguanischen Gesundheitsministerium, 2006.**



werden, jetzt ausgeschlossen sind – es sei denn, diese Ärzte sind gewillt, ihre berufliche Karriere und eine Gefängnisstrafe zu riskieren.

SCHWANGERE FRAUEN UND MÄDCHEN TRAGEN HOHES RISIKO

Die Kriminalisierung jeder Form von Abtreibung mit der resultierenden Angst vor Strafverfolgung bewirkt, dass schwangere Frauen und Mädchen auch bei dringendem Bedarf zögern, ärztliche Hilfe zu suchen und dass das medizinische Personal gesetzlich gezwungen wird, Frauen und Mädchen medizinisch notwendige Behandlungen zu verweigern.

Ein Mitarbeiter eines Krankenhauses beschrieb Amnesty International, wie eine Frau nach einer Fehlgeburt eingeliefert wurde, dann aber aus Angst, wegen Abtreibung strafrechtlich verfolgt zu werden, den Arzt darum bat, nicht einzugreifen. Sie befürchtete, die Behandlung könne als Beweis dafür gesehen werden, dass sie die Schwangerschaft absichtlich beendet habe.

Frauen und Mädchen, die dringend ärztliche Hilfe benötigen, schaffen es eventuell noch nicht einmal ins Krankenhaus, wenn sie den Behörden angezeigt wurden. Die abschreckende Wirkung des Verbotes erstreckt sich auf Frauen, die Fehlgeburten hatten, auf Frauen, die aufgrund ihrer Schwangerschaft in Lebensgefahr schweben und auch auf Frauen, die eine Notfallbehandlung benötigen, nachdem eine heimliche Abtreibung schief gelaufen ist.



Eine junge Überlebende sexueller Gewalt, Nicaragua 2008. Eine aktuelle Studie zeigt, dass zwischen 2005 und 2007 die überwältigende Mehrheit von Mädchen, die in Folge einer Vergewaltigung schwanger wurden, zwischen 10 und 14 Jahre alt ist.

Die Kriminalisierung jeder Form von Schwangerschaftsabbruch wird wahrscheinlich zu einem Anstieg der Anzahl unsicherer Abtreibungen führen. Heimliche Abtreibungen bergen ein erhöhtes Risiko, die Gesundheit der Frauen und Mädchen langfristig zu schädigen, zum Beispiel Unfruchtbarkeit zu verursachen. In einigen Fällen führen Abtreibungen durch ungelernete, unverantwortliche, unter unhygienischen Bedingungen arbeitende Anbieter sogar zum Tod der Frauen.

ÜBERLEBENDE VON VERGEWALTIGUNGEN WERDEN ERNEUT ZU OPFERN

„Und was ist mit den Mädchen, die durch eine Vergewaltigung schwanger sind und die in Armut leben? Sie haben keine andere (legale) Wahl als die Geburt.“

Mitarbeiterin in einem Zentrum für psychosoziale Unterstützung Überlebender sexueller Gewalt, interviewt von Amnesty International, Oktober 2008

Frauen und Mädchen, die als Folge einer Vergewaltigung schwanger sind, bleiben jetzt nur die Möglichkeiten entweder die Schwangerschaft zu Ende zu führen oder unsichere und illegale Abtreibungen vornehmen zu lassen. Die Angst vor Haftstrafen zwingt sie dazu, auch gegen

ihren Willen die Schwangerschaft fortzusetzen. Vergewaltigungsoffer, die eine unsichere „Hinterhof“-Abtreibung durchführen, riskieren nicht nur Leben und Gesundheit, sondern sehen einer Haftstrafe entgegen, wenn sie entdeckt werden.

Vergewaltigung und Inzest sind weltweit Verbrechen mit hoher Dunkelziffer, und Nicaragua ist keine Ausnahme. Vorhandene Statistiken weisen darauf hin, dass viele Opfer sexueller Gewalt noch Teenager sind. Laut dem Nicaraguanischen Institut für Forensisches Recht waren im Dezember 2008 in 77% der angezeigten Vergewaltigungsfälle Mädchen unter 17 Jahre involviert.

Dies sind schon für sich genommen schockierende Zahlen. Sie sind es erst recht angesichts der Tatsache, dass jetzt alle schwangeren Vergewaltigungsoffer - auch wenn sie noch Kinder sind - diese Schwangerschaften zu Ende führen müssen.

Die hohe Dunkelziffer im Bereich sexueller Gewalt macht es schwierig, mit Sicherheit festzustellen, wie viele Schwangerschaften Folgen von Vergewaltigungen sind. Die nicaraguanische NGO „Catholics for Choice“ hat Vergewaltigungsberichte der lokalen Presse ausgewertet - als Versuch, ein klareres Bild zu zeichnen.

Das nicaraguanische Gesundheitsministerium hat 2007 landesweit 115 Fälle von Müttersterblichkeit aufgenommen. Ein Experte im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit wertete die Aufzeichnungen zu diesen 115 Todesfällen aus und fand heraus, dass mindestens 12 dieser Todesfälle durch Zugang zu therapeutischer Abtreibung hätten verhindert werden können.

M. war 17 Jahre alt, als sie von einem 49-jährigen Verwandten vergewaltigt wurde. Sie erzählte Amnesty International „*Er hat mich dreimal vergewaltigt. Dabei sagte er mir, dass er mich und meine Mutter töten würde. Ich weinte und bat ... er zog seine Waffe und ich war verängstigt, erschrocken. Er sagte, dass ich schweigen solle ... Nach über 6 Monaten sprach ich darüber, weil ich meine Periode nicht mehr bekam und ich nicht länger schweigen konnte ... Ich dachte nicht, dass ich schwanger sein könnte, ich dachte, ich bekäme meine Periode nicht aufgrund der Brutalität, mit der er mich vergewaltigt hatte.*“ M. wurde zum Arzt gebracht. „*Der Arzt untersuchte mich und sagte mir, dass ich schwanger sei ... Ich begann zu weinen und weinen und weinen ... Ein bisschen später starb ich fast an Präeklampsie, ich war über eine Woche im Krankenhaus. Letztendlich operierten sie mich und führten einen Kaiserschnitt durch ... ich fühlte mich mehrere Male, als müsse ich mich umbringen ... Was mir passiert ist, hat meine Träume und Hoffnungen zerstört – ich wollte jemand sein, die außerhalb des Hauses arbeitet, aber ich verbringe den ganzen Tag zu Hause und passe auf das Baby auf ... ich kann nicht schlafen und fühle mich sehr unsicher, viele meiner Tage werden zu Albträumen, es ist sehr hart weiter zu machen, ich fühle mich sehr traurig und auch müde.*“



Die Mutter eines sexuell missbrauchten Kindes liest ein Buch über Kindesmissbrauch in einem Hilfszentrum, Oktober 2008. Viele Opfer von sexueller Gewalt sind junge Mädchen und Teenager.

Zwischen 2005 und 2007 wurden demnach 1.247 Mädchen vergewaltigt oder Opfer von Inzest. Von diesen Verbrechen hatten 198 (16 %) eine Schwangerschaft zur Folge. Die überwältigende Mehrheit dieser schwangeren Mädchen (nämlich 172 von 198) war zwischen 10 und 14 Jahre alt.

Diese Untersuchung vermittelt eine Vorstellung vom Umfang des Phänomens „sexuelle Gewalt in Nicaragua“. Es wird aber allgemein angenommen, dass das wahre Ausmaß des Problems, besonders in ländlichen Gebieten, weitaus größer ist.

Psychologisch geschultes Personal, das in Nicaragua mit Überlebenden von Vergewaltigungen arbeitet, äußerte große Besorgnis über Folgen für Frauen und Mädchen, die eine ungewollte Schwangerschaft nach einer Vergewaltigung mit sich bringt.

„Viele von denen, die in Folge einer Vergewaltigung schwanger geworden sind, müssen die Schule verlassen. Sie sind unfähig, sich zu konzentrieren, und viele erzählen uns, dass sie noch nicht einmal den Willen haben, ihr Leben fortzusetzen.“

Ein Psychiater an einer Einrichtung zur Unterstützung junger Vergewaltigungsopfer in Nicaragua, im Interview mit Amnesty International, Oktober 2008

Es gibt Belege dafür, dass schwangere Frauen und Mädchen in den Selbstmord getrieben werden, wenn man ihnen keine Wahl darüber lässt, was mit ihnen passiert. Laut einer offiziellen Analyse über Müttersterblichkeit in Nicaragua stieg die Anzahl der Todesfälle bei schwangeren Teenagern von 2007 bis 2008 um 24%. Die Hauptgründe waren Präeklampsie (schwangerschaftsbedingter Bluthochdruck) und das Einnehmen von Gift.

Berichte der staatlichen Gesundheitsforschung zeigen einen Zusammenhang zwischen ungewollter Schwangerschaft und Selbstmord. Gemäß Darstellung der Weltgesundheitsorganisation WHO „*ist Selbstmord überproportional mit jugendlicher Schwangerschaft verbunden und erscheint oft als letzter Ausweg für Frauen mit einer ungewollten Schwangerschaft in einem Umfeld, in dem Alternativen im Bereich*

Beispiel dort, wo alleinstehende Frauen nicht legal an Verhütungsmittel gelangen können und legale Einrichtungen für den Abbruch der Schwangerschaft nicht erreichbar sind.“

Angesichts der offiziellen Gleichgültigkeit und des sozialen Stigmas müssen Opfer von sexueller Gewalt kämpfen, um sich Gehör zu verschaffen:

„Wenn ich die Behörden hier um irgendetwas bitten könnte, würde ich sie bitten, auf die Worte der Vergewaltigungsopfer zu hören, ihnen zu trauen und die Behandlung von Opfern sexueller Gewalt ändern. Ich würde sie bitten, den Opfern von Vergewaltigung die Möglichkeit der therapeutischen Abtreibung nicht zu verwehren.“

Mutter eines vergewaltigten Kindes

JUNGE FRAUEN UND ARME BEZAHLEN DEN PREIS

Nicaragua hat die höchste Rate schwangerer Teenager in Lateinamerika und der Karibik. Etwa ein Viertel aller Geburten in Nicaragua stammen von jungen Frauen zwischen 15 und 19 Jahren. In ländlichen Gegenden ist die Rate noch höher, ein Drittel aller Geburten stammen hier von Teenagern.

Die Kriminalisierung aller Formen der Abtreibung bringt spezielle Risiken für junge Frauen und Mädchen mit sich. Laut der Nicaraguanischen Gesellschaft der Gynäkologen und Geburtshelfer ist das Risiko von Komplikationen während der Geburt für Frauen und Mädchen unter 20 höher als bei Frauen zwischen 20 und 35 Jahren. Bei jüngeren Mädchen kann das Becken noch zu eng sein für eine leichte Entbindung; auch Lebens- und gesundheitsbedrohende Zustände wie Präeklampsie (schwangerschaftsbedingter Bluthochdruck) und Eklampsie (besonders bedrohliche Verlaufsform) kommen bei Teenager-Schwangerschaften häufiger vor.

Es ist auch wahrscheinlich, dass die Mehrheit der Opfer des generellen Abtreibungsverbotes in Nicaragua junge Frauen und Mädchen in Armut sein werden. Müttersterblichkeit betrifft



© Ipas

diese Gruppe überproportional, speziell in ländlichen Gegenden mit wenig Zugang zu medizinischer Notfallversorgung.

REDUZIERUNG VON MÜTTERSTERBLICHKEIT IST EINE INTERNATIONAL VEREINBARE PFLICHT

Die Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG) der Vereinten Nationen beruhen auf international vereinbarten Entwicklungsprioritäten. Gemäß Ziel 5 (MDG 5) hat die nicaraguanische Regierung sich verpflichtet, die Müttersterblichkeit bis zum Jahre 2015 um 75% zu verringern. Die Kriminalisierung aller Formen des Schwangerschaftsabbruchs stellt diese Zusage in Frage.

Das Fehlen detaillierter Daten macht es in Nicaragua wie anderswo schwierig, ein reales Bild der Tendenz der Müttersterblichkeit zu zeichnen. Solche Informationen sind jedoch ausschlaggebend, wenn es darum geht, Strategien gegen Müttersterblichkeit zu entwickeln. Die Kriminalisierung jeglicher Form der Abtreibung macht das Sammeln von Informationen noch schwieriger, da Frauen und Mädchen jetzt heimliche Abtreibungen vornehmen lassen. Resultierende Todesfälle und Krankheiten werden kaum in den offiziellen Statistiken auftauchen.

Inzwischen besteht für das Personal von Gesundheitsdiensten, das Frauen und Mädchen in Lebensgefahr die notwendigen Schwangerschaftsabbrüche anbietet, eine große Versuchung, keine Patientenakten zu führen. Wegen der angedrohten Strafverfolgung entscheiden sich viele dagegen, die Behandlung exakt zu protokollieren, um die Patientinnen und sich selbst vor polizeilichen Untersuchungen zu schützen.

Die Regierung von Nicaragua hat erkannt, dass sie bei dem Ziel „Reduzierung der Müttersterblichkeit“ zahlreichen Herausforderungen gegenübersteht. Dies sind die Unterversorgung mit qualitativ hochwertiger Geburtshilfe, das Fehlen von angemessenen und erreichbaren Dienstleistungen, sowie die verbreitete Armut. Die Behörden haben eine Anzahl von Programmen eingeleitet, um das Ziel zu erreichen und haben auch das Budget für den Gesundheitssektor erhöht. Diese wichtigen Maßnahmen verdienen Beachtung. Jedoch spielen der legale Status des Schwangerschaftsabbruchs, das Vorhandensein, die Erreichbarkeit, sowie die Qualität von Informationen und Dienstleistungen in diesem Bereich eine große Rolle. Denn diese Faktoren bestimmen den Grad des Erfolgs, mit dem ein Land das Ziel „MDG 5“ erreichen kann.

Eine Ärztin im Krankenhaus von Chinandega, Januar 2009. Ärztinnen und Ärzte, die irgendeine Behandlung an schwangeren Frauen und Mädchen vornehmen, mit der sie unbeabsichtigt den Fötus verletzen, können nun mit Gefängnisstrafen rechnen.

„Wir können unsere Lizenzen zur medizinischen Berufsausübung verlieren, unsere Freiheit und unseren Ruf, nur weil wir gehandelt haben als es notwendig war.“

Arzt / Ärztin interviewt von Amnesty International, Oktober 2008

Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen unter allen Umständen und das Errichten einer gesetzlichen Hürde zwischen Ärzteschaft und deren Erfüllung von rechtzeitiger und angemessener Gesundheitsfürsorge für Schwangere vereitelt die Wirkung der Programme zur Reduzierung der Müttersterblichkeit. Solange die strafrechtlichen Bestimmungen in Kraft sind, werden Gesundheit und Leben von Frauen und Mädchen in Nicaragua gefährdet sein.



Oben: Demonstration für die Entkriminalisierung der therapeutischen Abtreibung, Managua, Januar 2007.
Vorderseite / Cover: Protestierende außerhalb des Obersten Gerichtshofes in Managua fordern die Entkriminalisierung der therapeutischen Abtreibung, Juli 2008. Auf dem Banner steht „Entkriminalisierung Jetzt!“

Kontakt für weitere Informationen:

Länder-Koordinationsgruppe *CASA (Central-America)* www.casa-amnesty.de und Themen-Koordinationsgruppe *Menschenrechtsverletzungen an Frauen* www.amnesty-frauen.de der Deutschen Sektion von Amnesty International.

Von dort können vorliegende Broschüre sowie der vollständige englischsprachige Bericht *The total abortion ban – Women's lives and health endangered, medical professionals criminalized* (AMR/43/001/2009, July 2009) bezogen werden.

WERDEN SIE JETZT AKTIV

Bitte schreiben Sie an den Präsidenten Daniel Ortega und an den Präsidenten der Nicaraguanischen National-Versammlung, indem Sie die Verantwortlichen in Nicaragua auffordern, folgendes zu tun:

1. Aufheben der Artikel 143, 145, 148 und 149 des Strafgesetzes und Reform desselben, um sicherzustellen,
 - a) dass Frauen und Mädchen nicht strafrechtlich belangt werden, wenn sie um einen Schwangerschaftsabbruch nachsuchen oder einen solchen vornehmen lassen,
 - b) dass medizinisch Praktizierende nicht kriminalisiert werden, wenn sie Dienstleistungen zur sicheren Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen anbieten.
2. Ausarbeiten und Implementieren von bestmöglichen Richtlinien zur Behandlung von Frauen und Mädchen während der Schwangerschaft.
3. Sicherstellen, dass jede Schwangere bei Bedarf beraten wird und Zugang erhält zu umfassender, lebenserhaltender Geburtshilfe und – wo es medizinisch angebracht ist – sicherer Durchführung einer Abtreibung.
4. Gewährleisten, dass sichere und legale Dienstleistungen zum Abbruch der Schwangerschaft ohne unsinnige Beschränkungen erreichbar sind für alle Mädchen und Frauen, die dies wünschen,
 - a) bei Schwangerschaften in Folge von Vergewaltigung oder Inzest,
 - b) wenn die Fortsetzung der Schwangerschaft ein Risiko für das Leben oder ein hohes Risiko für die Gesundheit der Frau bedeutet.
5. Sicherstellen, dass Frauen und Mädchen, die als Folge einer Vergewaltigung schwanger sind, nicht gezwungen werden, die Schwangerschaft gegen ihren Willen fortzusetzen und dass sie Zugang bekommen zu umfassender Beratung, medizinischer Hilfe und psychosozialer Unterstützung.
6. Sicherstellen, dass alle Gesetze und Strategien, die das Bereitstellen von Dienstleistungen und das Sammeln von Daten im Bereich reproduktiver Gesundheit regeln, die vorliegenden Erfahrungen berücksichtigen und den Grundsätzen medizinischer Ethik und höchsten Standards öffentlicher Gesundheit genügen.

Bitte schreiben Sie an:

Daniel Ortega Saavedra
 Presidente de la República
 Reparto El Carmen
 Costado oeste del Parque El Carmen
 Managua, Nicaragua
 Fax: +505 2266 3102
 Anrede: Dear President /
 Estimado Sr. Presidente

Ing. René Núñez Téllez
 Presidente de la Asamblea Nacional
 Asamblea Nacional de la República
 de Nicaragua
 Avenida Bolívar, Apto. Postal 4659
 Managua, Nicaragua
 Fax: +505 2228-3039 (sprechen: „tono“
 de fax, por favor“)
 Anrede: Dear President /
 Estimado Sr. Presidente

DEMANDDIGNITY.AMNESTY.ORG

**GESUNDHEIT FÜR MÜTTER
 IST EIN MENSCHENRECHT**

**AMNESTY
 INTERNATIONAL**



Amnesty International ist eine weltweite Bewegung von 2.2 Millionen Menschen in mehr als 150 Ländern und Territorien, die sich dafür einsetzen, dass schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen ein Ende finden.

Unser Ziel ist es, eine Welt zu schaffen, in der alle Menschen die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen internationalen Menschenrechtsinstrumenten festgeschriebenen Rechte genießen können.

Wir sind unabhängig von Regierungen, politischer Ideologie, Religion oder wirtschaftlichen Interessen und finanzieren uns primär über Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Juli 2009
 Index: AMR 43/004/2009

Amnesty International
 International Secretariat
 Peter Benenson House
 1 Eastern Street
 London WC1X 0DW
 United Kingdom

www.amnesty.org